

Staatsschuldenbegrenzungsdebatten in den USA und der EU

Sowohl in der Europäischen Union, aber vor allem in den Vereinigten Staaten von Amerika steht das Thema Staatsschulden und ihre Begrenzung oben auf der Tagesordnungsliste.

In den USA sind die Staatsschulden des Landes kurz davor, das sogenannte „debt ceiling“ – also die Staatsschuldenobergrenze – zu überschreiten. Schätzungen zufolge könnte dieses Szenario bereits Anfang Juni eintreten.¹ Bei dieser Schuldenobergrenze handelt es sich um eine Regelung in der US-Politik, nach der das Repräsentantenhaus den maximalen Schuldenstand limitieren kann. Wenn die amtierende Regierung Schulden oberhalb dieser Grenze aufnehmen will, muss die Obergrenze von dem Repräsentantenhaus erhöht werden. Da dieses Haus aktuell von den Republikanern dominiert wird, nutzt die republikanische Partei um Sprecher Kevin McCarthy das Instrument der Staatsschuldenobergrenze, um US-Präsident Joe Biden und seiner demokratischen Regierung politische Zugeständnisse abzutrotzen.

So haben die Republikaner am Mittwoch vorletzter Woche mit einer hauchzarten Mehrheit von 217 zu 215 einen Plan durch das Haus gebracht, der u.a. vorsieht, die Regierungsausgaben unverzüglich um 8 Prozent zu senken.² Mit diesem Vorhaben versucht Kevin McCarthy offensichtlich, seine Verhandlungsposition gegenüber den regierenden Demokraten und vor allem Joe Biden zu stärken. Doch Kevin McCarthy und seine Verhandlungsposition wird durch die de-facto Sperrminorität der radikalen Trump-Anhänger um beispielsweise Matt Gaetz und Lauren Boebert stark eingeschränkt.³ Sollten sich Demokraten und Republikaner nicht auf einen Kompromiss und eine Anhebung der Schuldenobergrenze einigen, hätte dies katastrophale Auswirkungen auf die US- und Weltwirtschaft.⁴ In der Vergangenheit kam es wie beispielsweise 2011 und 2013 immer wieder zu parteipolitischen Instrumentalisierungen der Schuldenobergrenze, doch bis jetzt wurde die Grenze immer rechtzeitig vor dem Eintreten eines drohenden Zahlungsausfalls erhöht.⁵

Auch in der Europäischen Union – oder genauer gesagt der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion – gibt es eine Richtlinie zur Begrenzung von Staatsschulden. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt schreibt vor, dass jedes Mitgliedsland gemessen am Bruttoinlandsprodukt maximal 3 Prozent Neuschulden pro Jahr aufnehmen und insgesamt nur über einen Schuldenstand von 60 Prozent verfügen darf. Bei Verletzung dieser Regeln drohen Geldbußen. Bis jetzt wurden – trotz zahlreicher eindeutiger Überschreitungen – jedoch noch nie finanzielle Sanktionen verhängt.

Der EU-Stabilitätspakt ist seit März 2020 wegen der COVID-19-Pandemie und später wegen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine ausgesetzt worden. 2024 soll er jedoch wieder in Kraft treten und bis dahin wollten sich die Mitgliedsstaaten eigentlich auf eine Reform einigen. Die EU-Kommission hat bereits einen Vorschlag vorgelegt, doch die Zeit drängt.

Laut Kommission sollen die Grenzen von 3 Prozent Neuschulden und 60 Prozent Gesamtschulden bestehen bleiben. Allerdings haben Staaten, die die Schwellen überschreiten, vier Jahre Zeit, ihre Haushaltspolitik dementsprechend anzupassen. Werden wachstumsfördernde Reformen und

1 <https://www.bbc.co.uk/news/world-us-canada-65505687>

2 <https://www.reuters.com/world/us/amid-us-debt-ceiling-standoff-senate-democrats-dissect-republican-plan-2023-05-04/>

3 <https://www.nytimes.com/2023/05/01/podcasts/the-daily/debt-ceiling-bill.html?showTranscript=1>

4 <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/usa-schuldenobergrenze-yellen-100.html>

5 https://en.wikipedia.org/wiki/United_States_debt_ceiling#Legislative_history

Investitionen versprochen, können es sogar insgesamt sieben Jahre sein. Außerdem sollen die konkreten Schuldenabbaupläne länderspezifisch individualisiert werden können.⁶ Im Gegenzug werden die Strafen härter. So können Geldbußen und Streichungen von EU-Mitteln schneller verhängt werden.⁷

Dabei handelt es sich – wie erwähnt – bisher nur um einen Vorschlag der Kommission. Der deutsche Bundesfinanzminister Christian Lindner hat sich in einem Financial-Times-Artikel gegen eine derartige Lockerung der Schuldenregeln ausgesprochen.⁸ ⁹ Nichtsdestotrotz haben der EU-Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni und der für Wirtschaft zuständige EU-Vize-Kommissionspräsident Valdis Dombrovskis angekündigt, schon ab 2024 den Geist der neuen Regeln anwenden zu wollen, obwohl diese noch nicht offiziell beschlossen sind. Man wolle die langfristige Perspektive genauer betrachten und die individuellen Ausgabenpfade sollen differenziert nach der Leistungsfähigkeit des entsprechenden Landes bewertet werden.¹⁰

6 <https://cepr.org/voxeu/columns/reform-stability-and-growth-pact-commissions-proposal-could-be-missed-opportunity>

7 https://economy-finance.ec.europa.eu/system/files/2022-11/com_2022_583_1_en.pdf

8 <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/stabilitaetspakt-eu-reform-lindner-sgp-schulden-1.5691730>

9 <https://www.ft.com/content/8ec1d936-aabb-4f8a-b8db-ed45430888ab>

10 <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/kommission-nimmt-reform-des-stabilitaetspakts-vorweg-18733591.html>